

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 29.11.2012

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 29.11.2012
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 21:15 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Klaus Günther

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Manuel Müller

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Steinruck

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm
Stadtrat Hans Schardt

ab 17.15 Uhr/ TOP 2

fraktionslos

2. Bürgermeister Werner May

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger
Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer/in

Franziska Schlier

Berichterstatter

Bauamtsleiter Oliver Graumann
Verwaltungsrat Ralph Hartner
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger
Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Hiltrud Stocker

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof
Stadtrat Wolfgang Popp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Oberbürgermeister Müller informiert, dass unter Tagesordnungspunkt 14 Sonstiges die Thematik „Einrichtung eines Investitionsfonds im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt“ behandelt werde. Hiermit besteht Einverständnis.

Stadträtin Glos beantragt Tagesordnungspunkt 11 „Defizitvereinbarung mit der Arbeiterwohlfahrt für den Kindergarten „Sonnenschein““ abzusetzen, um vor Abstimmung noch Unklarheiten auszuräumen.

abgelehnt

dafür 14

dagegen 14

Der Stadtrat beschließt Tagesordnungspunkt 11 „Defizitvereinbarung mit der Arbeiterwohlfahrt für den Kindergarten „Sonnenschein““ von der heutigen Tagesordnung zu nehmen.

1. Jahresbericht des Stadtmarketingvereins

Herr Most, Geschäftsführer des Stadtmarketingvereins geht ausführlich auf den Tätigkeitsbericht ein. Dieser liegt der Niederschrift als wesentliche Anlage bei.

Ohne Abstimmung

Dies wird zur Kenntnis genommen.

2. Dachmarke bzw. Profilbildung für Kitzingen

Herr Most, Geschäftsführer des Stadtmarketingvereins stellt ausführlich den Grundgedanken einer Marketingstrategie für Kitzingen sowie eine mögliche Umsetzung der sogenannten Dachmarke dar. Durch einen Profilbildungsprozess soll eine Marke für Kitzingen gefunden werden. Ziel ist es, mit einer „Geschichte“ (Profil) einen Platz in den Köpfen der Zielgruppen zu erlangen. Eine derartige Entwicklung ist sehr zeitaufwändig und bedarf professioneller Unterstützung für diesen Prozess. Aus diesem Grund bittet Herr Most um Einverständnis aus dem Gremium, die Profilbildung für Kitzingen zu ermöglichen.

Oberbürgermeister Müller dankt Herrn Most für die Vorstellung und übergibt das Wort an den Antragssteller.

Stadträtin Dr. Endres-Paul dankt Herrn Most für seine Ausführungen und bittet das Gremium um Zustimmung zur Einholung der Angebote zum Profilbildungsprozess.

Stadtrat Pauluhn erfragt, nach welchen Kriterien eine Entscheidung beim Angebotsvergleich getroffen wird. Oberbürgermeister Müller erklärt, dass nach der Wirtschaftlichkeit entschieden werde. Herr Most fügt ergänzend hinzu, dass natürlich auch die Referenzen mit in die Entscheidung einfließen sollten – nicht ausschließlich die Kosten. Ob es bei den Firmen unterschiedliche Herangehensweisen und Verfahren gibt, kann Herr Most nicht beantworten.

Stadtrat Schmidt möchte wissen, ob Beispiele anhand anderer Städte (bzgl. Erfolg, Aufwand, Kosten,...) gegeben werden können. Herr Most informiert, dass er sich nicht derart intensiv mit der Materie befasst hat, da er sich auf diesem Gebiet auch lediglich sein Wissen eigens angeeignet hat.

Auf Anfrage von Stadträtin Schwab sagt Herr Most zu, sich bezüglich der Firmenwahl Empfehlungen einzuholen.

Oberbürgermeister Müller erbittet die Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppen.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt kann sich persönlich keinen Erfolg mit diesem Procedere vorstellen, da in der Vergangenheit schon einige Konzepte erstellt wurden, die sich nicht durchsetzen konnten (Weinstadt, Familienfreundlichkeit,...). Daher werde die Fraktion unterschiedlich abstimmen.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser erklärt, die Fraktion werde mehrheitlich zustimmen, da sie es für wichtig halten, Kitzingen weiter nach vorne zu bringen.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul verweist auf ihre Stellungnahme und kann den Aussagen von Stadtrat Schmidt nicht folgen, da bestehende Punkte miteinbezogen werden sollen.

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp erklärt vorab, dass Kitzingen bereits einiges zu bieten hat. Vor allem die Natur in Kitzingen konnte Kitzingen positiv darstellen. Grundsätzlich ist ihr dieses Konzept auch 40.000 € wert, wenn man ein Resultat erkennen kann. Hierbei fehle ihr aber noch Klarheit, wie das weitere Vorgehen nach Angebots-einholung vorgesehen ist.

Abstimmung aus der Fraktion wird unterschiedlich ausfallen.

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Steinruck wird nicht zustimmen, da die KIK der Ansicht ist, dass die Bürger ihr Profil selbst finden müssen und dies nicht von einer Firma vorgegeben werden kann.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt dankt Herrn Most für den Klarheit bringenden Vortrag, bittet aber eindringlich, die Bürger einzubeziehen. Weiter gibt sie ihre Zustimmung bekannt.

Pro-KT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm wird dem Profilbildungsprozess zustimmen.

beschlossen dafür 23 dagegen 5

1. Es besteht Einverständnis, einen Profilbildungsprozess für die Stadt Kitzingen durchzuführen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mindestens drei Angebote einzuholen und anschließend dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

3. Flächen der ehemaligen Harvey Barracks; Aufstellungsbeschluss zur Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens gem. § 2 Abs. 1 BauGB mit paralleler Flächennutzungsplanänderung

Bauamtsleiter Graumann geht kurz auf den Beschlussentwurf ein und bittet das Gremium um Zustimmung.

Oberbürgermeister Müller erbittet die Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppen und übergibt das Wort an Stadtrat Schmidt (Referent für Wirtschaft und Konversion) und Stadtrat Rank (Referent für Stadtentwicklung).

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt befürwortet das Konzept, gefällt die Vorstellungen der Firma

blumquadrat GmbH und wird demnach zustimmen.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank hofft auf Schaffung von Arbeitsplätzen im Industriegebiet. Die Fraktion wird dem Beschluss zustimmen.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul informiert, dass auf Grund der noch im Raum stehenden Unklarheiten keine einheitliche Abstimmung der SPD-Fraktion gefunden werden konnte.

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp wird dem zustimmen und hofft auf Abschluss des Kaufvertrages bis Ende des Jahres 2012. Sie hätte sich aber gewünscht, dass das Konzept der Firma blumquadrat GmbH dem gesamten Gremium vorgestellt worden wäre.

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Steinruck stimmt zu, weist aber auf die Wichtigkeit des Immissionsschutzes hin.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt gibt Zustimmung bekannt.

Pro-KT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm spricht sich für den Aufstellungsbeschluss aus und stimmt demnach zu.

beschlossen dafür 27 dagegen 1

1. Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat beschließt die Aufstellung eines Bebauungsplanes gem. § 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 BauGB mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes.
3. Die bestehenden Einleitungsbeschlüsse zur Änderung des Flächennutzungsplanes vom 26.11.2009 werden mit diesem Beschluss aufgehoben. Die Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt in einem Änderungsverfahren.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt mit dem Investor eine Rahmenvereinbarung als Grundlage der weiteren Entwicklung abzuschließen.
5. Die Stadtverwaltung wird mit der Erstellung eines städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 Abs. 1 BauGB sowie der Einleitung der weiteren Verfahrensschritte beauftragt.

4. Auftragsvergaben

4.1. Ersatzneubau der Brücke zur Mondseeinsel;

1. Information zur Schlussrechnung;

hier: Auftrag des Stadtrates vom 15.12.2011 sowie vom 16.02.2012 zur Information durch die Verwaltung

2. Auftragserweiterung - Genehmigung der Nachträge;

Stadtrat Pauluhn erinnert an die Frage, ob tatsächlich die Summe von ca. 120.000 € für die Vergrößerung des Spundwandkastens technisch sowie materiell nötig gewesen ist oder, ob hier technisch nicht notwendige Leistungen durchgeführt wurden.

Bauamtsleiter Graumann klärt auf, dass der Fragenkatalog seinerzeit mit dem damaligen Kenntnisstand beantwortet wurde und dem Gremium zugegangen sei. Eine Kostenmehrung war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt.

Oberbürgermeister Müller erbittet die Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppen.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. -gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt bittet in der Zukunft um mehr Transparenz. Die Abstimmung der Fraktion erfolgt unterschiedlich.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser erkennt, dass bei Baumaßnahmen Mehrkosten unschön, aber nicht auszuschließen sind. Durch die im Nachhinein geforderten Untersuchungen und Beschwerden werde lediglich erhöhte Verwaltungsarbeit produziert. Derartige Diskussionen ziehen ein negatives Bild für Kitzingen mit sich. Er plädiert, dies künftig auf eine andere Art und Weise anzugehen.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul stimmt dem Beschlussentwurf zu, kritisiert aber auch die Informationspolitik.

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp kritisiert die Kostenmehrung, da im Nachhinein keine Änderung möglich ist. Da die Maßnahme abgeschlossen werden soll, stimmt sie zu.

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Steinruck wünscht sich künftig für derartige Bauvorhaben ebenfalls mehr Transparenz, wird aber zustimmen.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn ist verärgert, dass im Nachhinein die Nachträge nur noch zur Kenntnis genommen werden können. Wenn in diesem Falle eine vernünftige Bauüberwachung stattgefunden hätte, hätten die Mehrkosten für eine nicht nötige Leistung vermieden werden können. Künftig wünscht er sich rechtzeitig über vorhersehbare Mehrkosten informiert zu werden. Die Gruppe werde getrennt abstimmen.

Pro-KT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm gibt Zustimmung bekannt.

beschlossen **dafür 24** **dagegen 3**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt der Auftragsweiterung der Firma Stark GmbH, Aalen, in Bezug auf die Nachträge NA3 bis NA 10 in Höhe von 59.609,34 € brutto zu.

5. Anträge von Fraktionen und Gruppen

5.1. Erstellung eines Konzeptes zur weiteren Entwicklung der Siedlung Beschlussvorschlag ödp vom 20.10.2012

Oberbürgermeister Müller übergibt das Wort an den Antragssteller und bittet um kurze Erläuterung.

Stadträtin Schmidt geht auf den Antrag der ödp-Stadtratsgruppe ein und bittet um Zustimmung zur Erstellung eines Konzeptes zur weiteren Entwicklung der Siedlung insbesondere unter Berücksichtigung der städtischen Wohnungen in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt und BauGmbH.

abgelehnt **dafür 10** **dagegen 17**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Entwicklung des Bereichs Breslauer Strasse/Galgenwasen (siehe Anlage) zu erstellen. Gegenstand des Konzeptes sind
 - a) Nachnutzung der Flächen nach Rückbau der Wohngebäude
 - b) Sanierung und Erneuerung der Kanäle Breslauer Straße
 - c) Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) für diesen Bereich
 - d) Kompensation des wegfallenden sozialen Wohnraumes in der Breslauer Straße
3. Im Zusammenhang mit der Konzepterstellung ist die Frage des sozialen Wohnraumbedarfes unter Einbeziehung des demografischen Wandels und der bereits erstellten Wohnraumanalyse sowie die Fortschreibung des IHK Soziale Stadt zu bearbeiten.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept nach Angebotseinholung zu beauftragen. Dafür sind im Haushalt 2013 Mittel bereitgestellt (HSt. 1.6152.9593).

5.2. Regelmäßige Sachstandsberichte des Bauamtes, Vorlage der Endabrechnungen Antrag der SPD vom 29.10.2012

Oberbürgermeister Müller übergibt das Wort an den Antragssteller und bittet um kurze Erläuterung.

Stadträtin Dr. Endres-Paul geht auf den Antrag der SPD-Fraktion ein und bittet um Zustimmung zur regelmäßigen Erstellung von Sachstandsberichten des Bauamtes, um auf Grund der vermehrten Haushaltsüberschreitungen und Mehrkos-

ten bei Maßnahmen mehr Transparenz zu schaffen.

Stadtrat Moser stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Vorschlag von Bauamtsleiter Graumann (Seite 2 der Sitzungsvorlage) zur Abstimmung zu stellen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass vorerst über den Antrag der SPD abgestimmt werde. Bei einer negativen Entscheidung ist es nicht mehr erforderlich über den Vorschlag der Verwaltung abzustimmen.

Auf Antrag von Stadträtin Richter stimmt Stadträtin Dr. Endres-Paul zu, die Maßnahmen „Fastnachtmuseum“ sowie „Goldener Löwe“ aus dem Beschlussentwurf zu streichen.

abgelehnt **dafür 12** **dagegen 15**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Der Vorlage von quartalsmäßigen Sachstandsberichten mit Angaben zum Baufortschritt (Zeitplan), zu den bisher aufgelaufenen Kosten, den Plankosten (wenn möglich nach Gewerken) und dem Hinweis auf mögliche Überschreitungen bezüglich: Bahnhofsumfeld
Marktcafe
Ausbesserungsarbeiten Alte Mainbrücke
Umbau der Grund- und Mittelschule Siedlung
Stadtteilzentrum Siedlung
Umbau Stadtbauamt
Nordtangente BA IIIb
wird zugestimmt.
3. Die korrekten Endabrechnungen der folgenden Einzelvorhaben bezüglich der primär im Haushalt eingestellten Kosten und der endgültigen Kostenberechnung ist vorzulegen:
 1. Friedrich-Bernbeck-Schule
 2. Kinderkrippe im ehemaligen Eichamt
 3. Kindergarten Etwashausen
 4. Feuerwehrgerätehaus Repperndorf
 5. Generalsanierung DPE
 6. Mondseeinsel
 7. Nordtangente
4. Sachstand Verkehrsentwicklungsplan

**5.3. Erlass von Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB
SPD-Antrag vom 22.10.2012**

Oberbürgermeister Müller übergibt das Wort an den Antragssteller und bittet um kurze Erläuterung.

Stadträtin Dr. Endres-Paul geht auf den Antrag der SPD-Fraktion und bittet das Gremium um Zustimmung zum Erlass einer Erhaltungssatzung, um Milieuveränderungen zu verhindern.

abgelehnt **dafür 7** **dagegen 19**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es erfolgt eine Prüfung seitens der Verwaltung der GBW-Gebiete zu einer sinnvollen Abgrenzung der im Antrag, Anlage 1 beigefügten Liegenschaften.
3. Es werden Erhaltungssatzungen erlassen in den Wohngebieten mit großen Anteilen an GBW-Wohnungen, d. h. in den Bereichen, wo durch Millieueränderungen gerade in anderen Bereichen soziale Verschärfungen entstehen können (siehe z. B. Anlage 2). Die Erhaltungssatzungen sind für eine Geltungsdauer von 5 Jahren zu erlassen.

**6. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen;
 Mehrgenerationenhaus im Caritas Alten- und Pflegeheim St. Elisabeth in Kitzingen -
 Zuschuss an die Stadt Kitzingen - Aufhebung des Beschlusses**

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Der Beschluss vom 13.10.2011 zur Gewährung eines Zuschusses der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen an die Stadt Kitzingen für das Projekt Mehrgenerationenhaus in Höhe von jährlich 10.000 € für die Jahre 2012 bis 2014 wird aufgehoben.

7. Vermögensnachweis 2011

Ohne Abstimmung

Vom Ergebnis des Vermögensnachweises 2011 wird gem. Art. 102 GO i. V. m. §§ 76, 77 und 81 KommHV-Kameralistik Kenntnis genommen.

Vermögen zum Jahresabschluss 2011:

1.	Vermögen nach § 77 Abs. 2 Nr. 1, § 81 Abs. 1 und § 76 KommHV-Kameralistik	
1.1	Forderungen aus Geldanlagen (Allgemeine Rücklage)	6.456.956,86 €
1.2	Forderungen aus Darlehen	11.917.051,95 €
1.3	Beteiligungen (daneben 5,4 % Anteil aus Kommunalen Trägerschaft für Sparkasse Mainfranken Würzburg und 4,69 % Anteil an der Giltholzgemeinschaft)	141.698,14 €
1.4	Anlagevermögen kostenrechner sowie anderer Einrichtungen (Restbuchwerte lt. Anlagennachweise)	49.304.727,01 €
	Summe:	<u>67.820.433,96 €</u>
2.	Schulden und Rücklagen nach § 77 Abs. 2 Nr. 2, § 81 Abs. 2 KommHV-Kameralistik	
2.1	Schulden aus Krediten	14.180.503,82 €
2.2	Allgemeine Rücklage	8.305.369,00 €

Nachrichtlich:

- A) Das Bestandsverzeichnis nach § 75 Abs. 1 KommHV-Kameralistik wurde

für das bewegliche Vermögen sowie für die Grundstücke erstellt.

Zum 31.12.2011 betrug die Grundstücksfläche 8.294.417 m².

Der Bodenwert der bebauten und unbebauten Grundstücke betrug zum 31.12.2011	51.747.835,01 €
davon im Anlagennachweis erfasst:	<u>- 8.796.282,39 €</u>
Differenz:	42.951.552,62 €

Das Vermögen der Grundstücke zum Bodenwert wurde um die im Anlagennachweis enthaltenen Grundstücke bereinigt, da das Bestandsverzeichnis nach § 75 KommHV-Kameralistik sämtlichen Grundbesitz der Stadt Kitzingen erfasst (keine Doppelerfassung).

- B) Bürgschaften: die Restschuld der Kredite, für die die Stadt Kitzingen die Bürgschaft übernommen hat, betrug zum 31.12.2011:
- | | |
|-----------------------------------|---------------------|
| für Kitzinger BauGmbH: | 1.167.981,60 € |
| für Stadtbetriebe Kitzingen GmbH: | <u>485.727,45 €</u> |
| Gesamtsumme: | 1.653.709,05 € |

Zusätzlich bestehen je eine Bürgschaft zugunsten der Kitzinger BauGmbH und der Stadtbetriebe Kitzingen GmbH für die Zusatzversorgung bei der Bayer. Versicherungs-kammer, die der Höhe nach nicht beziffert werden können.

- C) Zu Beginn des Haushaltsjahres betrug die Allgemeine Rücklage 6.456.956,81 €, zum Jahresabschluss waren es 8.305.369,00 €. Zum 31.12.2011 waren Gelder in Höhe von 6.456.956,86 € zinsbringend angelegt, durch den Jahresabschluss konnte eine Zuführung an die Rücklage in Höhe von 1.848.412,14 € erfolgen, welche als Innerer Kassenkredit ausgewiesen wurde.

- D) Die Anlagennachweise erfassen die kostenrechnenden Einrichtungen "Abwasserbeseitigung" und "Städtische Friedhöfe".

Daneben sind weitere Einrichtungen enthalten:
EDV-Ausstattung, Schülerbeförderung, Städt. Archiv, Städt. Museum, Städt. Musik- schule, Kleingärten Eselsberg, Stadtgärtnerei, Photovoltaikanlage, Arbeiter- und Gerätepool, Wohnmobilstellplatz, Schiffsanlegestelle, Wohn- und Geschäfts-grundstücke, Obdachlosenunterkünfte.

Neu aufgenommen wurde die Städtische Musikschule mit ihrem beweglichen Vermögen (das Gebäude ist angemietet).

8. **Neuerlass der "Verordnung über die Vermeidung von unnötigem Lärm" gemäß Art. 14 Bayerisches Immissionsschutzgesetz (BayImSchG)**

beschlossen dafür 26 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen erlässt aufgrund des Art. 14 des Bayerischen Immissionsschutz-gesetzes die dieser Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügte

„Verordnung über die Vermeidung von unnötigem Lärm im Stadtgebiet der Großen Kreisstadt Kitzingen (Lärmschutzverordnung)“.

**9. Änderung der Geschäftsordnung;
§ 37 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Kitzingen "Art der Bekanntmachung"**

Stadträtin Richter erfragt, wer den Namen des Mitteilungsblattes festgelegt hat. Verwaltungsrat Hartner informiert, dass der Herausgeber Herr Röhrig den Namen bestimmt habe.

Stadträtin Wallrapp gefällt die Bezeichnung nicht. Sie habe sich etwas anderes vorgestellt, z.B. „Das Stadtmagazin“.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, den Herausgeber über diese Kritik zu informieren.

Stadtrat Pauluhn wünscht sich nochmals Klarheit, welche Bekanntmachungen noch in der „Die Kitzinger“ erscheinen.

Oberrechtsrätin Schmöger klärt auf, dass alle Satzungen und Verordnungen künftig im „Der Falter“ zu veröffentlichen sind. Lediglich Bekanntmachungen, die aus Zeitgründen mit dem Erscheinungsdatum des Mitteilungsblattes kollidieren, werden weiterhin in der „Die Kitzinger“ veröffentlicht. Oberbürgermeister Müller fügt ergänzend hinzu, dass nur amtliche Nachrichten im „Der Falter“ erscheinen. Für Stellenausschreibungen beispielsweise gelte dies nicht.

Verwaltungsrat Hartner bestätigt auf Nachfrage von Stadträtin Wallrapp, dass lediglich die Erstausgabe einen derartigen Arbeitsaufwand für die Verwaltung mit sich ziehe. Bei den folgenden Ausgaben sollte das Arbeitspensum für die Verwaltung erheblich sinken.

Stadtrat Steinruck schlägt vor, die Bekanntmachungen auch stets im Internet einzupflegen.

beschlossen dafür 24 dagegen 2

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. § 37 der GeschO „Art der Bekanntmachung“ wird wie folgt geändert:
 - (1) Satzungen und Verordnungen werden dadurch amtlich bekanntgemacht, dass sie im Vorzimmer des Oberbürgermeisters zur Einsichtnahme niedergelegt und die Niederlegung durch Mitteilung in dem für amtliche Bekanntmachungen bestimmten Teil **im Kitzinger Stadtmagazin „Der Falter“** bekanntgegeben wird.
Die Mitteilung wird erst veröffentlicht, wenn die Satzung oder Verordnung in der Verwaltung der Stadt niedergelegt ist.
 - (2) Andere Bekanntmachungen und Notbekanntmachungen i. S. d. LStVG können bei zeitlicher Notwendigkeit auch dadurch öffentlich gemacht werden, dass sie in dem für amtliche Bekanntmachungen bestimmten Teil der **Zeitung „Die Kitzinger“** veröffentlicht werden.
3. Die Überschrift VI. der Geschäftsordnung wird in „Amtliche Bekanntmachungen“ geändert.
4. Die Änderung tritt am 14.12.2012 in Kraft

10. Änderung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Unterstützung von Maßnahmen zur Altenhilfe

beschlossen dafür 26 dagegen 0

1. Mit der Änderung der Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen zur Unterstützung von Maßnahmen zur Altenhilfe in der Fassung der Anlage 2 besteht Einverständnis.
2. Die Richtlinie tritt am 01.01.2013 in Kraft

11. Sportlerehrung 2012

Stadtrat Marstaller (Referent für Sport) dankt dem Stadtverband für Leibesübungen und Frau Baumüller (Schulverwaltung) für die erarbeiteten Vorschläge zur Sportlerehrung 2012 und bittet das Gremium um Zustimmung.

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Mit den Vorschlägen des Stadtverbandes für Leibesübungen für die Sportlerehrung 2012 besteht Einverständnis.

12. Einrichtung eines Investitionsfonds im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt (Kitzingen-Siedlung)

Oberbürgermeister Müller erklärt kurz die Sachlage und bittet um Zustimmung. Stadträtin Richter möchte wissen, ob die voraussichtlich anstehenden internen Kosten von Bauhof bzw. Gärtnerei in dem Betrag i. H. v. 15.000 € beinhaltet sind oder, ob dies aus dem Budget beglichen werden muss. Auf Antwort von Oberbürgermeister Müller hin, dass die Inneren Verrechnungen noch dazukämen, fordert Stadträtin Richter hierüber eine Kostenschätzung. Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

beschlossen dafür 26 dagegen 0

1. Der Stadtrat beschließt ab 1.1.2013 einen jährlichen Investitionsfond für das Soziale-Stadt-Gebiet Kitzingen-Siedlung in Höhe von 15.000 € - gemäß dem Integrierten Handlungskonzept Kitzingen-Siedlung (2008).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Förderung des Investitionsfonds im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt zu beantragen.

13. Defizitvereinbarung mit der Arbeiterwohlfahrt für den Kindergarten "Sonnenschein"

Verwaltungsrat Hartner erklärt kurz die Sachlage und führt aus, dass derzeit in Kitzingen zu viele Kindergartenplätze vorhanden sind und daher eine Grundsatzentscheidung zu dieser Thematik getroffen werden sollte.

In vorliegendem Fall ist über die Defizitvereinbarung der Arbeiterwohlfahrt ein Beschluss zu fassen. Da derartige Vereinbarungen für die Stadt nicht tragbar seien, schlägt die Verwaltung vor, den positiv formulierten Beschlussentwurf abzulehnen.

Oberbürgermeister Müller erbittet die Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppen.

Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt schließt sich dem Vorschlag der Verwaltung an.

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser erklärt, es sei anderen Kindergärten gegenüber nicht verantwortlich, eine Defizitvereinbarung mit einem einzelnen Träger abzuschließen. Daher keine Zustimmung möglich.

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos erklärt, dass im Juli dieses Jahres ein Kinderkrippenanbau für die Arbeiterwohlfahrt befürwortet wurde, wodurch das Defizit verringert hätte werden können. Aus diesem Grund werde die Fraktion zustimmen, mit dem Vorschlag, die Vereinbarung zeitlich zu befristen.

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp wird nicht zustimmen können. Sie bittet aber dringendst um Erörterung des Bedarfs an Krippenplätzen.

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Steinruck wird nicht zustimmen.

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt hätte sich zum Zeitpunkt des Antrages auf eine Kinderkrippe seinerzeit bereits eine andere Entscheidung gewünscht. Daher kann sie nicht zustimmen.

Pro-KT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm kann der Übernahme des Defizits nicht zustimmen.

abgelehnt dafür 5 dagegen 21

1. Vom Sachvortrags wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen ist bereit, mit dem AWO-Bezirksverband Unterfranken e.V. eine Defizitvereinbarung zur Übernahme von 90 % des Defizits des Kindergartens „Sonnenschein“ zu schließen.

**14. Bebauungsplan Nr. 40 "Wilhelmsberg Kitzingen" - 1. Änderung;
Kostenübernahme durch die Stadt Kitzingen**

Bauamtsleiter Graumann erklärt ausführlich die Sachlage zur Kostenbeteiligung für das Bebauungsplanverfahren.

Stadtrat Moser befürchtet unerwartet hohe Kosten und stellt daher den Antrag zur Geschäftsordnung, den Beschlusssentwurf (Ziff. 1) wie folgt zu ändern:

Satz 1 bleibt gleich,

Satz 2: „Die Stadt Kitzingen erklärt sich bereit 50 % der Verfahrenskosten bis zu einer Höhe von maximal 15.000 Euro zu tragen“

Satz 3 streichen

Stadträtin Kahnt stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, Punkt 4 bzgl. der Folgekosten zu streichen bzw. separat abstimmen zu lassen.

Auf Anfrage von Stadträtin Schwab erklärt Bauamtsleiter Graumann, dass in diesem Falle ein bestehender Bebauungsplan geändert werden müsse. Daher würde keine Ersterschließung anfallen, dennoch könne das Ausmaß möglicher Maßnahmen und die damit verbundenen Kosten derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Dies werde sich erst im Laufe des Verfahrens klären.

Stadtrat Pauluhn erfragt, ob diese Kosten für den Haushalt kalkuliert wurden.

Stadtkämmerer Weber bestätigt, dass für 2013 keine Mittel im Haushalt eingestellt wurden.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass § 11 BauGB umfassend regelt, welche Kosten grundsätzlich in Folge eines Bauleitplanverfahrens die Kommune vom Investor verlangen kann. Üblicher Weise wird das durch die Stadt Kitzingen vollzogen, in diesem Fall solle die Regelung laut Antrag abweichend beschlossen werden (Ziff. 4 des Beschlusssentwurfes). Derzeit haben wir keine Kenntnis, welche Maßnahmen anfallen. Im Umkehrschluss heißt das aber auch, dass keine Vereinbarung darüber getroffen wird, welche konkreten Maßnahmen zu bezahlen sind.

Stadtrat Pauluhn betont, dass er es nicht ausschließt, Folgekosten zu übernehmen. Dennoch möchte er vorher den Kenntnisstand haben, welche Maßnahmen anstehen, um einen etwaigen Kostenrahmen ermitteln zu können.

Stadtrat Heisel verweist darauf, dass die Stadt Kitzingen bereits im Rahmen der Kreisumlage ca. 30 % an den Landkreis bezahlt. Er möchte den Vorwurf zurückweisen, dass die Stadt Kitzingen nicht unterstützend handelt, aber in diesem Fall spricht er sich für die beiden Anträge von Stadtrat Moser und Stadträtin Kahnt aus.

Oberrechtsrätin Schmöger bestätigt auf Nachfrage von Stadtrat Steinruck, dass ein im Rahmen des Bauleitplanverfahrens erarbeitetes Gutachten das Ergebnis aufzeigen könnte, dass bspw. die Beschaffenheit der Keltensstraße nicht mehr ausreichend sei oder eine Ampelanlage erforderlich wäre. Eine solche Entwicklung würde in unmittelbarerem Zusammenhang stehen und stellt insofern eine Folgekosten dar.

Auf Anfrage von Stadtrat Schmidt erklärt Bauamtsleiter Graumann, dass nach seinem Kenntnisstand der Aufstellungsbeschluss zur Erstellung eines Bebauungsplanes gefasst wurde und zu diesem Zeitpunkt die Stadt Kitzingen davon ausging, dass der Vorhabenträger die Kosten trägt.

abgelehnt **dafür 6** **dagegen 20**

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

Die Kosten für das Bebauungsplanverfahren werden nach derzeitigem Kenntnisstand auf ca. 30.000 € geschätzt. Das Klinikum Kitzinger Land hat sich bereit erklärt 50% der Verfahrenskosten bis zu einer Höhe von maximal 15.000 € zu tragen. Der Stadtrat beschließt die restlichen Verfahrenskosten zu tragen.

beschlossen **dafür 22** **dagegen 4**

Die Kosten für das Bebauungsplanverfahren werden nach derzeitigem Kenntnisstand auf ca. 30.000 € geschätzt. Die Stadt Kitzingen erklärt sich bereit 50% der Verfahrenskosten bis zu einer Höhe von maximal 15.000 € zu tragen.

beschlossen **dafür 22** **dagegen 4**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Vergleichsangebote zur Änderung des vorgenannten Bebauungsplanes bei fachlich geeigneten Büros einzuholen und ermächtigt, den Auftrag zu erteilen.

abgelehnt **dafür 4** **dagegen 22**

Der Stadtrat beschließt, dass ausschließlich die aus der derzeit beantragten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 'Wilhelmsberg Kitzingen' resultierenden, ursächlichen Kosten (Folgekosten u. Folgelasten), seitens der Stadt Kitzingen getragen werden.

Oberbürgermeister Müller fügt ergänzend hinzu, dass die Beschlussfassung nicht grundsätzlich die Übernahme von Folgekosten ausschließt, sondern die Übernahme von noch unbekanntem, nicht kalkulierbaren Maßnahmen. Der Vorhabenträger solle die anstehenden Folgekosten zu gegebener Zeit der Stadt Kitzingen übermitteln, sodass diese dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden können.

15. Aktuelle Informationen

15.1. Information von Stadtkämmerer Weber zur Förderung aktueller Maßnahmen

Stadtkämmerer Weber informiert über die Zusammenstellung aktuell abgewickelter und geförderter Maßnahmen, die dem Gremium als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben wurde.

16. Sonstiges

**16.1. Anfrage von Stadträtin Richter;
Ampelanlage Siegfried-Wilke-Straße/ Jahnstraße**

Stadträtin Richter informiert über Verkehrschaos an der Kreuzung Siegfried-Wilke-Straße/ Jahnstraße, da die Ampel heute den ganzen Tag abgeschaltet war und die Ersatzampel, die übergangsweise den Verkehr geregelt hat, entfernt wurde.

Oberbürgermeister Müller wird sich zur Klärung an das staatliche Bauamt wenden, insbesondere um die Lage während der Stoßzeiten zu regeln.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:15 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Franziska Schlier